

Dämpfer für Zukunftszentrum

Eigentlich wollte das Land den aufwendigen Stadtumbau in Halle mit Millionen unterstützen – doch 2025 und 2026 will die Regierung genau an dieser Stelle sparen. Der Aufschrei ist groß.

VON JAN SCHUMANN

MAGDEBURG/MZ. In der Stadt Halle liegen große Hoffnungen auf diesem Projekt: Am Riebeckplatz, dem zentralen Verkehrsknoten der Stadt, will die Bundesregierung ab 2027 das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ bauen. Gut 200 Millionen Euro sollen in diese Konstruktion der Extraklasse fließen, ganz Europa soll nach Halle schauen. Doch nun droht dem Zukunftszentrum ein Dämpfer. Denn Sachsen-Anhalts Landesregierung hat eine millionenschwere Bauunterstützung für das Projekt aus dem Entwurf des Landeshaushalts für die Jahre 2025 und 2026 gestrichen – aus Spargründen.

Knapp 30 Millionen geplant

Es geht um knapp 30 Millionen Euro, mit denen die Landesregierung aus CDU, SPD und FDP der Stadt Halle eigentlich unter die Arme greifen wollte. Denn bevor der Bau des Zukunftszentrums 2027 starten kann, müssen nördlich des Riebeckplatzes noch umfangreiche Vorbereitungsarbeiten stattfinden. Unter anderem soll die vielbefahrene Volkmannstraße ein Stück Richtung Osten verlegt werden, also näher an die Gleise der Deutschen Bahn. Ebenfalls nötig ist die Verlegung zahlreicher Versorgungsleitungen in dem Areal.

Für all diese Arbeiten ist eigentlich die Stadt zuständig – die Landesregierung wollte das Prestige-Projekt aber mit einem eigenen Finanzierungsprogramm unterstützen: Sechs Jahre lang sollten jährlich rund elf Millionen fließen, neben Halle sollten davon auch die Städte Magdeburg und Dessau-Roßlau profitieren. Allerdings: Aufgrund erheblicher Sparzwänge in der Landesregierung soll nach MZ-Informationen 2025 und 2026 nun doch kein Geld fließen. So steht es im am Dienstag beschlossenen Entwurf des Landeshaushalts für die nächsten zwei Jahre.



„Das empfinde ich als Dolchstoß.“

Marco Tullner
CDU-Abgeordneter

FOTO: DPA

Das von Lydia Hüskens (FDP) geführte Ministerium für Infrastruktur und Digitalisierung erklärte auf MZ-Anfrage: „Wir sind mit den Kommunen im Gespräch. Es gibt zum jetzigen Zeitpunkt keine Klarheit darüber, wann welche Finanzbedarfe bestehen.“ Soll heißen: Es sei aktuell unklar, ob das Geld für die Baumaßnahmen überhaupt schon in den kommenden zwei Jahren gebraucht wird.

Etwas anders klingt das allerdings im halleischen Rathaus. Sprecher Drago Bock sagte am Dienstag auf MZ-Anfrage, die Stadt gehe davon aus, „dass das Land bei seiner Zusage bleibt“. Im Herbst werde sie ihre Förderanträge einreichen: „wie verabredet“. Wie viel Geld in welchen Jahren nötig sein wird, blieb auf Anfrage offen.

Im Landtag gibt es indes bereits heftige Kritik daran, dass laut Haushaltsentwurf ausgerechnet am Zukunftszentrum gespart werden könnte. „Ich bin fassungslos“, erklärte der halleische CDU-Abgeordnete Marco Tullner gegenüber der MZ. „Wir in Halle kämpfen seit Monaten, damit die Bundesregierung ihren Verpflichtungen zum Zukunftszentrum nachkommt.“ Dass nun die Landesregierung ihr Programm auf null setze, „das empfinde ich als Dolchstoß“, sagte Tullner. Das Zukunftszentrum sei für Sachsen-Anhalt von übergeordneter Bedeutung. „Es muss

auch von der gesamten Landesregierung umgesetzt werden.“ Tullner sieht jetzt die halleischen Abgeordneten im Landtag gefordert: „Ohne eine seriöse und verlässliche Veranschlagung des Zukunftszentrums darf dieser Etat im Landtag nicht beschlossen werden“, forderte er am Dienstag.

Bauwettbewerb läuft schon

In den kommenden Monaten wird der Landtag über den Haushaltsentwurf der Landesregierung diskutieren, das Parlament kann auch noch Änderungen vornehmen. Genau das forderte am Dienstag die SPD-Bundestagsabgeordnete Katrin Budde. „Ich erwarte und gehe auch davon aus, dass das nötige Geld in den Haushalt eingestellt wird“, sagte sie der MZ. Budde hatte Anfang 2023 als Teil einer Jury über den Standort des geplanten Zukunftszentrums entschieden: Halle hatte sich in diesem Wettbewerb unter anderem gegen Leipzig und Frankfurt an der Oder durchgesetzt. Budde betonte, dass im laufenden Architektur-Wettbewerb für das Zukunftszentrum mehr als 100 Bewerbungen eingegangen seien. „Wir haben als Bund mit dem neuen Grundstückszuschnitt geplant, das haben wir nach Zusage der Landesregierung gemacht“, so Budde. „Wir gehen davon aus, dass die Zusage eingehalten wird.“ **Kommentar Seite 8**



Hier soll das Zukunftszentrum ab 2027 gebaut werden: Nördlich des Riebeckplatzes soll zuvor die Volkmannstraße (roter Pfeil) verlegt werden. FOTO: STEFFEN SCHELLHORN